

# Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Hauptredaktion: Edkt. Staatskanzlei, Dresden.  
Bauhof der Arbeiter, Knechtsteden  
und Brannen, L.-O., Dresden.  
Gebäude Knechtsteden, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen irgendwelcher Art, ist es durch oder ohne Einfluß öffentlicher Behörden, bei der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Abonnementspreis mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Arten, Wissen, Leben“, außerdem „Wolff und Welt“ monatlich 1,95 RM., auswärts 45 RM., Einzelhefte 1,25 RM., auswärts 30 RM., 12 Hefte 12 RM., 24 Hefte 24 RM., Telegramm-Adresse: Dresden Volkszeitung

Schriftleitung: Mittelstraße 10, Fernsprecher Nr. 25 261. Einnahme- und Geschäftsstelle: Mittelstraße 10, Fernsprecher Nr. 25 261 und 12 207. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Einzelheftpreis, Grundpreis: die 30 mm breite Monatshefte je 35 RM., die 50 mm breite Monatshefte 2,00 RM., die auswärts abgehenden 2,50 RM., Familienabonnenten, Stellen- und Briefgeschäfte 40 Pros. Rabatt, für Briefwechsel, 10 RM. Einzelnummer 10 RM.

Nr. 109

Dresden, Dienstag, den 12. Mai 1931

42. Jahrgang

## Sturm auf Klöster Belagerungszustand in Madrid

### Provokateure von rechts und links

H. Madrid, 11. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Die Unruhen nahmen am Montag mit immer stärkerem Charakter ihren Fortgang. Die Volkswut richtete sich in erster Linie gegen die Klöster. Am Montag nachmittag wurden 6 Klosterkomplexe in Flammen, darunter die Hauptresidenz der Jesuiten auf der Granvia.

Der in Permanenz tagende Ministerrat beschloß am Montag nachmittag, in Anbetracht der durch die monarchistischen Provokationen hervorgerufenen Unruhen den Belagerungszustand zu verhängen und die Börse zu schließen. Um 2 Uhr ließ die Regierung offiziell erklären, daß sie mit aller Schärfe durchgreifen werde und sich dabei insbesondere auf die hinter ihr stehenden politischen Parteien und Gewerkschaften stützen werde. Die Regierung hat Verträge dafür, daß die Unruhen von rechts organisiert wurden und die Monarchisten mit kommunistischen Elementen im Einvernehmen standen. Die Sozialistische Partei und die Gewerkschaften forderten ihre Anhänger am Montag nachmittag zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit auf.

Während des Ministerrats erschien eine durch den General Franco, den Mechaniker Rada geführte Abordnung, die folgende Forderungen stellte:

- 1. sofortige Auflösung der Guardia-Civil, Durchsuchung der Konvents- und Seilungsgebäude nach Waffen,
- 2. sofortige Bildung eines Volkstribunals.

Falls die Regierung den Forderungen der Massen nach gerichtlicher Aburteilung der Vorkommnisse am Sonntag nicht nachkomme, seien die Massen nicht zu halten. Der Unterstaatsminister versprach die sofortige Wiederhaftung des Generals Berenguer, die Auflösung des Obersten Kriegesgerichtes, das die Freilassung Berenguers durchgesetzt hatte, und die Aburteilung der Minister der Diktatur.

### Alle Monarchistenführer festgesetzt

H. Madrid, 11. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Am Montag gab die spanische Regierung zwei bedeutungsvolle Bekanntmachungen heraus. In der ersten wurde die vorübergehende Schließung sämtlicher Börsen in Spanien angeordnet. Die zweite Bekanntmachung bezieht sich auf die Ereignisse des Sonntags. Die Regierung habe sich, heißt es darin, in den letzten 24 Stunden außerordentlich

gemäßigt gezeigt, sie wolle aber jetzt den Bestand der Republik mit allen Mitteln verteidigen. Sie hoffe dabei auf die Unterstützung des Volkes, aus dessen verschiedenen Schichten sie unzählige Beweise der Anhänglichkeit erhalten habe.

Zum Schluß erklärte die Regierung, folgende Beschlüsse gefaßt zu haben:

1. Wiederverhaftung des Generals Berenguer, dem erneut der Prozeß gemacht werden soll.
2. Sofortige Auflösung der höchsten Militär- und Marinegerichte, die die Freilassung Berenguers verfügt hatten.
3. Verhaftung sämtlicher monarchistischer Führer.
4. Einleitung von Prozessen gegen alle maßgebenden Leute, die während der Diktatur Verbrechen begangen haben.
5. Gerichtsverfahren gegen die letzten monarchistischen Innenminister wegen ihres Vergehens gegen das Madrider Athenäum.

Die Straßenpropaganda kommunistischer Elemente und das Erscheinen roter Flaggen mit Sowjetabzeichen nimmt zu.

### Neunzehn Klöster brennen

H. Madrid, 12. Mai. (Sig. Junk.)

In Madrid fanden am Montagabend insgesamt 19 Jesuitenklöster in Flammen, die von Demonstranten angezündet worden waren. Sämtliche Klöster sind verloren.

### Beamte als Abgeordnete

D. Berlin, 12. Mai. (Eigener Junk.) Die Bestimmung der Reichsverfassung, nach der Beamte zur Ausübung ihres Mandats als Mitglied des Reichstags oder eines Landtags keines Urlaubs bedürfen, ist einfach immer Urlaub haben, wird nach den neuen Richtlinien der Reichsregierung in Zukunft strenger als bisher gehandhabt werden. Sie soll nur noch gelten für die Zeit der eigentlichen Tagung oder einer kurzfristigen Vertagung des Parlaments. Als kurzfristig gelten Vertagungen, die nicht länger als 14 Werktage dauern. Während einer langfristigen Vertagung liegt nach den neuen Richtlinien eine parlamentarische Tätigkeit nur dann vor, wenn der beamtete Abgeordnete an Sitzungen eines Parliamentsausschusses, an Fraktionsitzungen oder an Wählerveranstaltungen teilnimmt.

Entsprechend den neuen Richtlinien hat der Reichsfinanzminister verfügt, daß alle beamteten Abgeordneten aufgefordert sind, ihre Dienstsachen sofort aufzunehmen, wenn eine langfristige Vertagung des Parlaments vorliegt.

## Präsidentenwahl

### Briand in Front

Briand hat sich, einem Pariser Funkpruch zufolge, gestern Abend bereit erklärt, für die morgen, Mittwoch, stattfindende Präsidentenwahl zu kandidieren. Genosse S. Grumbach, einer der Führer der französischen Sozialisten, stellt die Zusammenhänge und Voraussetzungen, die Briand schließlich zur Kandidatur bestimmen mußten, in einem Pariser Stimmungsbild dar.

Am 13. Mai findet der Endkampf um den oberhöchsten Stuhl im Elysée, um die Präsidentschaft der Republik, statt. Seit dem Kriege war es stets der Rechte gelungen, ihren Kandidaten zum Siege zu verhelfen. Im Jahre 1924, nach dem Wahlsieg der Linksparteien und der Vertreibung des Vertrauensmannes der Nationalisten, des Herrn Alexander Millerand, aus dem Präsidentschaftsamt, schien es einen Augenblick, als ob die Linke imstande sein würde, einem eigenen Mann in den hochwürdigsten aller weltlichen Sessel zu verhelfen. Gütte sich die Linke im entscheidenden Augenblick schneidend genug gezeigt, so wäre der damalige Präsident des Senats, Gaston Doumergue, Ex-Chenpräsident der radikalsozialistischen Partei, fidele sich aber in ihrem Namen und Auftrag Staatschef geworden. Aber die Linke hatte sich auf Painlevé festgelegt und hielt an seiner Kandidatur fest, auch als nicht mehr die geringste Aussicht bestand, ihn durchzubringen. So wurde Doumergue der Erwählte aller Rechtsparteien, mit denen er sein ganzes Leben lang nichts zu tun gehabt hatte...

Die Folgen davon machten sich rasch bemerkbar, als das linksorientierte und das Kabinett Herriot dem Ansturm der vereinigten Geldfürsten und kirchlichen Würdenträger zum Opfer fielen und der neue Präsident, Herr Doumergue, sich der Rechte gegenüber nur allzu erkenntlich zeigte, dadurch, daß er mit allen Mitteln die Rückkehr Poincarés an die Spitze der Regierung betrieb. Jedes Jahr wurde die Freundschaft zwischen Doumergue und den Rechtskreisen enger, so daß es als ein logisch erscheinender Abschluß seiner Präsidentschaft erschien, als er vor wenigen Wochen, in Toulon, die letzte Gelegenheit einer öffentlichen Kundgebung vor seinem Ausscheiden benutzte, um eine Rede zu halten, deren Ton und Grundorientierung unzweifelhaft gegen die von dem linksorientierten eingeleitete und von Briand weitergeführte Außenpolitik gerichtet waren.

Die gesamte nationalistische Presse, von der royalistischen Action Française, die im allgemeinen sämtliche republikanischen Staatsmänner in der wildesten Weise zu beschimpfen pflegt, diesmal aber Worte hoher Anerkennung fand, bis zu faschistisch-chauvinistischen Blättern des Parfümfabrikanten Coty und des kirchlichen Generals de Castelnau, die seit Jahren Briand als „Landesverräter“ brandmarkten, hat Doumergue „für seine mutige Tat“ zugejubelt. Das hat infolgedessen eine günstige Folge gehabt, als die Linksparteien dadurch zur Erkenntnis gezwungen wurden, daß der Kampf um die Neubesezung des Präsidentenpostens vor allem ein Kampf um die auswärtige Politik Frankreichs sein wird.

Der Mann vom Quai d'Orsay, der seit Monaten von seinen Freunden umsonst bedrängt wurde, endlich zu sagen, ob er das Präsidentschaftsamt anzunehmen gedenke, sagte die

## Der „zweite Mann“ kommt!

### Die erfolgreiche Versammlungsoffensive der Partei

Der Parteibeirat der SPD. Niederbayern berichtet: „Trotz den wirtschaftlich miserablen Verhältnissen wurden 319 Neuaufnahmen gemacht, so daß in diesem Jahre eine Zahl von 1000 neuen Mitgliedern bereits erreicht sein dürfte.“ — „Der Erfolg unserer Werbearbeit in der letzten Woche besteht in der Gründung von 6 neuen Ortsgruppen mit 210 Mitgliedern“, meldet der Bezirk Franken. Die Pfalz: „Die Werbearbeit geht weiter und bringt schöne Erfolge.“ — „Die Stimmung war sehr gut. Es wurden wieder 35 neue Mitglieder gewonnen.“, schreibt Düsseldorf.

Ostpreußen gewann in der zweiten Aprilwoche 1812 Mitglieder, Zeitz 126, Weichenfels 60, Groß-Leipzig in 3 Monaten 1268 und so fort in endloser Reihe. In 3 Monaten gewonnen allein 30 Ortsgruppen des Bezirks Pfalz 834 neue Genossen, Genosse Schaumlöffel in Kaiserslautern gewann allein 100 Mitglieder.

Die Werbeerfolge verdankt die Partei nicht zuletzt der seit Jahresbeginn durchgeführten Versammlungsoffensive, die auch jetzt noch mit Energie weitergeführt wird. Besonders zahlreich sind die Versammlungen in Süd- und Westdeutschland. So berichten Oberbayern von 133, Niederbayern von 128, Franken von 45, Baden

von 52, Oberhein von 49, Niederrhein von 9, Hessen-Offenbach von 90 und Hessen-Nassau von 129 öffentlichen Kundgebungen. Auch nördlich des Mains sind gute Versammlungszahlen zu verzeichnen: Oestliches Westfalen veranstaltete in einer Woche 80 Volksversammlungen, Halle in 3 Monaten 403, Brandenburg in 2 Wochen 168, Ostfalen in 4 Wochen 123. Selbst die mit besonderen Schwierigkeiten kämpfenden Bezirke Ostpreußen, Pommern und Oberhessen brachten es auf 31, 62 und 131 öffentliche Veranstaltungen. Und das alles trotz der in die Verichtszeit fallenden Osterwoche!

Diese Zahlen lassen nur ungenügend die ungeheure Kleinarbeit erkennen, die von jedem Mitglied geleistet werden muß, ehe Versammlungsbefuche zu erreichen sind wie beispielsweise in Köslin mit über 600 Besuchern, Lötzen mit 1600, Pflasterwalde (L.) mit über 1500, Wöllstein (Kreis Alzen) mit 1100, Ratingen mit 1300 bei 16000 Einwohnern, Rauen (Hoblenz) mit 850, Günsburg (Schwaben) mit über 3000 Versammlungsteilnehmern. Aber diese zähe „Kleinarbeit“ wird geleistet, weil jeder der an dieser gewiß nicht leichten Versammlungs- und Aufklärungsschlacht Beteiligten weiß, daß durch seine unermüdete Arbeit dem deutschen Faschismus die tiefsten Wunden geschlagen werden.

## Dieterich jammert

### Warum die Arbeitslosigkeit nicht zurückgeht

In einer Versammlung in Barel in Oldenburg erwiderte der Reichsfinanzminister Dieterich, die Lage sei dadurch bedingt, daß die Arbeitslosigkeit nicht im erhofften Umfange zurückgehe. Ein endgültiges Urteil sei natürlich zur Zeit nicht möglich, aber man müsse sich darauf einstellen, daß der schlimmste Fall eintrete. Und dieser kommt das übliche Geschehen über den Kapitalmangel, der durch die Zahlungen der Reparationen fortgesetzt vergrößert werde.

Daß die Arbeitslosigkeit nur zu wenig zurückgeht, liegt an allen Dingen daran, daß in diesem Jahre die Bauwirtschaft nicht recht in Gang kommen will, weil durch die Notverordnung der Brüning-Regierung dem Wohnungsbau mehrere hundert Millionen Mark entzogen wurden. Jetzt jammert Herr Dieterich über den zu langsamen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Wenn der Mann ein bisher weitsichtig wäre, so hätte er schon bei Erlass der Notverordnung voraussehen müssen, was kommt. Schließlich weiß doch ein jedes Kind, daß das Baugeschäft das wichtigste Saisongeschäft ist, und daß ein starker Rückgang der Arbeitslosigkeit im Sommer eben dann nicht eintreten kann, wenn nicht genügend gebaut wird. Aber dieser Herr Dieterich ist offenbar über mancherlei Dinge nicht klar, die gewöhnliche Menschen ohne weiteres zu begreifen vermögen. Dafür ist der Mann eben auch Reichsfinanzminister.